



6.10.02

Nach erneutem Brand in Asylbewerberunterkunft

Der AK Asyl Baden-Württemberg fordert eine neue Unterbringungskonzeption für Asylsuchende

Freiburg, 6.10.02. Nach dem vergangene Nacht in Albrück im Landkreis Waldshut-Tiengen schon wieder eine Staatliche Sammelunterkunft für Asylbewerber in Flammen aufging, forderte die Vorsitzende des AK Asyl Baden-Württemberg Mehrnouch Zaeri Innenminister Thomas Schäuble auf, endlich verbindliche Mindeststandards für die Unterbringung von Asylsuchenden zu erlassen.

"Zwar ist klar, dass eine Brandstiftung - egal von wem sie ausgeht - schnellstens aufgeklärt und strafrechtlich geahndet werden muss. Doch sollte es sich tatsächlich um eine Verzweiflungstat eines der Bewohner der Unterkunft handeln, dann zeigt dies nochmals überdeutlich, dass man endlich die Unterbringungssituation von Asylsuchenden verbessern muss, um solchen Verzweiflungstaten vorzubeugen" so Zaeri. In Albrück kamen sicherlich einige Faktoren zusammen: Die Unterbringung völlig abseits der Gesellschaft, weit weg vom nächsten Ort; engste Belegung (4 m² reine Wohnfläche pro Person), Sachleistungsverpflegung und lediglich 40 € Barbetrag im Monat; das Verbot, den Landkreis zu verlassen, keine Auszugsmöglichkeit zu Verwandten (auch bei Krankheit, Behinderten, Minderjährigen), dass Integration politisch nicht gewollt ist, dass es keine Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten gibt und dies alles oft über mehrere Jahre.

Vergangene Nacht zerstörte ein Brand im Asylbewerberheim „Stieg“ in Albrück im Landkreis Waldshut den Neubau der Unterkunft völlig. 60 Menschen mussten evakuiert werden, zwei erlitten Rauchvergiftungen. Nach den bisherigen Ermittlungen wurde das Feuer vorsätzlich gelegt, die Polizei schließt derzeit einen fremdenfeindlichen Hintergrund aus.

Immer wieder brennt es in Asylunterkünften, zuletzt in den vergangenen Monaten in Freiburg, Tübingen oder Villingen-Schwenningen. Unabhängig von der Ursache der Brände, ob mit fremdenfeindlichem Hintergrund, durch einen technischen Defekt oder aus Verzweiflung durch Heimbewohner, sind solche Brände durch die Einquartierung der Flüchtlinge in zumeist alten, technisch völlig unzureichend ausgestatteten und im Abseits gelegenen Gebäuden vorhersehbar, bzw. geradezu zu erwarten.

Der Arbeitskreis fordert daher seit langem eine dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden. Es handelt sich schließlich um Menschen, die eigentlich Kraft sammeln sollten, um ein Leben nach der Flucht und im Exil ertragen zu können.

V.i.S.d.P.

Mehnouch Zaeri (1. Vorsitzende)

Rückfragen an Jürgen Blechinger, Tel.: 07831/ 966411